

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

II/50

Hannover, 24. Juni 1947
Georgstr. 33 / Tel.: 20951

Krisen - Konsultation

P.R. In dem Augenblick, in dem die außenpolitischen Beauftragten der alliierten Regierungen in Paris zu der so bemerkenswert kurzfristig anberaumten Tagung zusammentreten, ist es gut, noch einmal kurz zu sagen, um was es eigentlich bei dem Marshall-Plan geht. Es ist der am 5. Juni durch den amerikanischen Außenminister sehr überraschend gestartete Versuch, eine gemeinsame europäische Initiative der Selbsthilfe dringendst zu empfehlen und zwar mit der Rückendeckung weitestgehender Unterstützung durch die amerikanische Regierung. Der Marshall-Plan bedeutet nach einer Darstellung englischer Sachverständiger im "Observer" die Finanzierung eines internationalen New Deal. Er sieht ein gemeinsames europäisches Wirtschaftsprogramm vor, das binnen weniger Jahre Europas Handel mit der Außenwelt ins Gleichgewicht bringen und gleichzeitig einen erträglichen Lebensstandard für 350 Millionen Menschen schaffen will. Da es unmöglich und unzweckmäßig ist, jedem Lande Europas einzeln zu helfen, will der Plan zu einer Art Versulzung der einzelnen Länderwirtschaften zu einem kontinentalen Wirtschaftssystem gelangen. Die Hauptschwierigkeiten liegen auf politischem Gebiet, hier in Sonderheit in dem Gegensatz zwischen der politischen und wirtschaftlichen Konzeption des Westens und des Ostens. Ihn nach Möglichkeit zu mildern oder zu beheben, ist der Sinn der Konsultation auf dem Höhepunkt der europäischen Lebenskrise.

Die Plötzlichkeit der neuesten Entwicklung steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Größe und brennenden Gefahr dieser Krise, die unbestritten ist. Es besteht auch kein Zweifel darüber, daß diese Krise nicht mit Heilversuchen an Symptomen und einzelnen Gliedern des kranken Körpers wirksam bekämpft werden kann, sondern nur mit einer kühnen Operation. Gehört im Sinne dieser Überlegungen Rußland zu Europa? Der Marshall-Plan sagt ja, und darin unterscheidet er sich wesentlich von der Truman-Doktrin, die den eisernen Vorhang eher noch fester zu verankern als ihn zu

leckern schien. Natürlich würde auch Rußland nicht nur als Nehmender, sondern auch als gebender Teil auftreten müssen, es würde seine Beteiligung nicht nur nach den eigenen Bedürfnissen, sondern auch nach den eigenen Möglichkeiten zur Leistung eines eigenen praktischen Beitrages auszurichten haben.

Die Zusage aus Moskau war erfreulich. Aber die Vergangenheit hat nur allzu überzeugend gelehrt, daß mit solcher Bereitschaft nichts über den Erfolg der sachlichen Bemühung gesagt ist. Der Beschluß, nach Paris zu gehen, mag für die Russen zunächst in der Absicht gelegen haben, alles zu vermeiden, was den ohnehin weit verbreiteten Eindruck eines mangelnden guten Willens der russischen Politik hätte verstärken können. Auch wird für Moskau die Überlegung mitgesprochen haben, daß die russische Politik in Falle eines freiwilligen Verzichtes auf eine Beteiligung nur das fördern würde, was sie befürchtet, nämlich die Entwicklung des Marshall-Planes zu einem Westblock. Schließlich führt der diplomatische Korrespondent von Reuter als mögliches Motiv die russische Hoffnung an, daß man nach Zulassung der ehemaligen Feindstaaten zur UNO-Wirtschaftskommission in diesem Gremium, welches wahrscheinlich den Marshall-Plan durchführen sollte, eine Mehrheit hinter sich bringen könnte, die sie bisher noch niemals in einer Weltversammlung hatte.

Sehr schnell wird sich in Paris zeigen, ob die Russen ihr eigene und die gesamt-europäische Chance erkennen, oder ob von der Pariser Tagung her das endgültige Auseinanderfallen unseres Kontinentes datieren muß. Die Unterstützung des Marshall-Planes im eigenen Lande ist groß. Leider bestehen aber auch starke Gegenströmungen. Selbst so fortschrittliche Männer wie Stassen sind nach einem Bericht von "New Statesman and Nation" aus Washington der Ansicht, daß weitere Hilfe Europa nur gewährt werden sollte, wenn der Sozialismus Halt geboten werden kann, und zwar auch in England und im Ruhrgebiet. Die in Amerika weit verbreitete Neigung, zwischen Sozialismus und Kommunismus keinen Unterschied zu machen, könnte den Marshall-Plan vollständig zum Scheitern bringen, wenn er an die Bedingung geknüpft werden sollte, daß Europa sich der amerikanischen Wirtschaftsform anpaßt. Leider kann kein Zweifel darüber bestehen, daß mindestens dieser Wunsch in Männern lebendig ist, die es besser wissen sollten".

Das sind gewiß bedenkliche Zeichen. Sie sind aber doch nicht bedrohlich genug, die neuen, recht gedämpften Hoffnungen zum Schwelgen zu bringen, die man an diesen neuen Versuch zur Rettung Europas und seine erste entscheidende internationale Erörterung knüpft.

x		x
x	Sonderdienst vom Nürnberger Parteitag	x
x	Während des Parteitages der SPD, der vom 26.6. bis zum 2.7. in Nürnberg stattfindet, befindet sich die Redaktion des Pressedienstes in Nürnberg. Der Pressedienst wird täglich herausgegeben werden, und zwar für die norddeutsche Presse von Hannover aus, für die süddeutsche Presse von Nürnberg aus. Der Dienst wird gleichzeitig in Nürnberg selbst an die dort anwesende Presse verteilt werden. Zeitungen, die auf telefonische Vermittlung Wert legen, können Nachrichten und Beiträge unter der Nummer 20951 Hannover abrufen.	x
x		x
x	Die Redaktion	x
x		x

Der in Wien erscheinenden "Europäischen Rundschau" entnehmen wir den folgenden Beitrag in einem wesentlichen Auszug.

Einheit des Unvereinbaren?

Was ist unsere Idee, unser Glaubenssatz der europäischen Zukunft? Wir wünschen die Vergesellschaftung der Produktion und gerade dadurch den Ausbau der persönlichen Freiheit. Eine Sozialisierung der Produktionsmittel, der die menschliche Freiheit und persönliche Selbstbestimmungsrecht nicht einfach immanent sind, lehnen wir ab, weil sie nur eine technokratische, seelenlose Organisationsform der Wirtschaft wäre, aber nicht Sozialismus. Zu fürchtbar lastet auf uns die Erinnerung an die "Vergesellschaftung der Produktion", die Hitler in ganz Europa vollzogen hat. Ein Ameisenstaat mit Zuchthaus und geistigen Tod. Es ist für den Proletarier des Abendlandes gleichgültig, ob er im Bergwerksschacht und der Munitionsfabrik einer anonymen Aktiengesellschaft oder eines anonymen Staates schuftet. Seine Ausbeutung besteht da wie dort nicht bloss in der Arbeitsleistung, sondern noch mehr in seiner seelischen Entrechnung, in der Vergewaltigung, die an seinem vollen Mitbestimmungsrecht im Betrieb und im gesellschaftlichen Leben vollzogen wird. Er will nicht Arbeitssklave sein, selbst wenn er dafür mehr Futter und mehr sogenannte Sicherheit bekommt. Er will vor allem "frei von Furcht" sein, dass er für den Ausdruck seiner persönlichen Überzeugung; für die Kundgebungen seines Gewissens, für unabhängiges, freies Denken gestraft und vernichtet werde. Er will nicht wieder davor zittern, dass ein Gendarm oder Spitzel hinter seinem Rücken steht, dass seine Briefe geöffnet, seine Zeitungen und Bücher zensiert, sein Wahlrecht verfälscht und sein Blick in die weite Welt hinaus mit eisernen Vorhängen verschlossen werde. Keine Einheit ist möglich, die nicht vorweg diese Menschenrechte programmatisch und praktisch garantiert.

Die Kommunisten können diese erste, höchste und unabdingliche Voraussetzung einer echten Einheit nicht annehmen. Schon deshalb nicht, weil sie nicht die freie Wahl haben, das zu tun oder nicht zu tun. Dies führt uns zur zweiten Bedingung, die nicht weniger wesentlich ist als die erste und mit ihr in einem unmittelbaren Kausalzusammenhang steht. Vereinigung und Einheit scheint uns nur mit politischen Parteien eigenständiger Natur möglich, mit Parteien, nicht mit Parteimaschinen eines fremden Staates. Die persönliche Würde und Freiheit des Individuums besteht gerade darin, dass es durch das Medium der Partei sein politisches, soziales, kulturelles Interesse gegenüber dem eigenen Staat, wie erst gar gegenüber einem fremden. Wir würden uns auch in einem sozialistischen Staat aufs heftigste dagegen sträuben, dass etwa die Gewerkschaften Staatsinstitutionen werden. Mittel- und Westeuropa würde sich um so mehr sträuben, Dependancen einer auswärtigen Macht zu werden, sei es welche Macht immer. Der Ernst der französischen Situation zum Beispiel besteht gerade darin, dass die Massen des französischen Volkes vor dieser Möglichkeit erschrecken und rettungsheischend weit nach rechts zurückströmen, zu "Katholizismus" und "Autorität". Wäre nicht die Sozialistische Partei da, die dieses Abströmen eindämmt, wäre die Sozialistische Partei mit den Kommunisten vereint, ohne auf diesen beiden ebenberörterten Grundbedingungen bestehen zu haben, so nähme die Flucht nach rechts geradezu verheerende Formen an. Es ist die in der Gegenwart sehr undankbare, aber für die Zukunftslage der abendländischen Gesittung und Kultur ganz entscheidende und wahrhaft ruhmvolle Aufgabe der Sozialisten, just diese Zwischenstellung einzunehmen, just diesen Damm zu bilden, der die despotischen fremdnationalen Aspirationen des Kommunismus ebenso in Schranken hält wie die neu erwachten Gelüste der Reaktion.

Was wir hier gesagt haben, ist genau das Programm der französischen Sozialistischen Partei, wie es auf dem jüngsten Parteitag wieder deutlich

formuliert worden ist. Es ist genau so das Programm der österreichischen Sozialisten, Politik von Staat zu Staat muss durch unsere Staatsorgane gemacht werden, Regierung und Parlament, Politik von Partei zu Partei durch unsere demokratisch bestellten Parteiorgane. Und internationale proletarische Politik werden wir mit der künftigen Internationale machen mit freigewählten Delegierten der Völker, nicht mit Staatsbeauftragten. Die Proletarier aller Länder haben gleiches Recht, gleiche Würde, gleiche Mitbestimmung. Kein Proletariat irgendeines Landes fördert Bevorzugung seiner Ansprüche oder gar seines Staates. Das ist das Programm des internationalen demokratischen Sozialismus. Sein Wesen ist mit dem Wesen der kommunistischen Parteien von heute unvereinbar, und darum bleibt das Problem der "Front" im Augenblick unlösbar. (p/246/1/no)

Bürokratische Exzesse

D. W. H. Die Gefahr einer nationalsozialistischen Weltaktatur ist endgültig behoben. Statt ihrer erhebt eine andere, ebenso gefährliche Gestalt ihr Haupt, der Bürokratismus. Begünstigt wurde sein Erstarken durch den eben beendeten Krieg. Jeder Staat sah sich gezwungen den totalen Kriegsanstrengungen Hitlers eine gleiche totale Mobilisation seiner letzten Reserven entgegenzustellen. Dies konnte aber nur durch verstärkte Wirtschaftslenkung erreicht werden. Die Bürokratie feierte Triumphe, sie droht, das europäische Wirtschaftsleben zu erdrosseln. Folgende beiden Beispiele - aus einer Vielzahl herausgegriffen - mögen als Beispiel dienen. Sie sprechen eine deutliche Sprache. Seit dem 8. April dieses Jahres ist das neue deutsche Ausfuhrverfahren in der britisch-amerikanischen Zone in Kraft getreten. Damit nimmt an Stelle der Regierungsgeschäfte wieder das Individualgeschäft seinen Platz ein. Dies würde gewiss einen Fortschritt bedeuten, wenn... Aber: 46 Formulare neun verschiedenen Sorten bilden für das Ingekommen eines derartigen Exportgeschäftes die absolut notwendige Grundlage. Hat der deutsche Exporteur es fertig gebracht, einen Interessenten für seine Ware im Ausland zu finden, beginnt für ihn erst die "eigentliche Arbeit". In sechs verschiedenen Stellen (1. Zweigstelle der Jans, 2. Zentralbüro des zuständigen Wirtschaftsministeriums, 3. Zollamt, 4. Büro des Exporteurs, 5. die M.G. (Military Government) Joint Economic Comand Agency, 6. die M.G. Finance Division H.Q. CG, Berlin BACR, 7. Landespreisbehörde und 8. die von der Militärregierung im Ausland bestellte Zentralbank) muss er erst neun Anträge bzw. Meldungen auf 37 Formularen plus neun Kopien für die eigenen Akten - insgesamt 46 Formulare (nämlich: 1. der Exportantrag zweifach, 2. der Ausfuhrvertrag zweifach, 3. die Konzession fünfmal, 4. die Rechnung fünfmal, 5. die Versandmeldung Teil I einfach, 6. die statistische Ausfuhrmeldung einfach, 7. der Internationalen Frachtbrief viermal, 8. die Ausfuhrantragbescheinigung fünfmal, 9. das Akkreditiv fünfmal) einsenden. Doch so "glatt", wie es sich hier liest, läuft das Exportgeschäft in Wirklichkeit noch länger nicht ab. Zusätzlich sind noch 1. ein ausführlicher Ausfuhrvertrag (in zwei Sprachen = vier Formulare) zu schließen und 2. ein - wie es so passend heißt - "formloser" Exportantrag (je zweifach in deutsch und englisch = vier Formulare), der trotz seiner "Formlosigkeit" 11 genau vorgeschriebene Angaben enthalten muß, zu stellen.

In diesem Zusammenhang ein anderer Fall. In Freiburg/Br. hat die "Badische Landesexportescha" ("BEGA") ihre Pforten geöffnet. Interessierte Kaufleute des wachstüchtigen, der Schweiz, waren durch das badische Wirtschaftsministerium mit Genehmigung der französischen Militärregierung in Baden-Baden (denn ohne Genehmigung ist die solcher Schritt undenkbar) freundlichst zum Besuch aufgefordert und eingeladen. Ein antwortend ausgestelltes Ausweis für die zuständige Handelskammer des schweizer Besuchers würde zugleich damit übersandt. Auf diesem Papier stand zu lesen:

"Den Besuchern aus der Schweiz wird das Visum im Reisepaß durch die französische Gesandtschaft in Bern erteilt". Mehrere Schweizer machten sich daraufhin nach Bern auf den Weg, um sich das Visum dort zu besorgen. Die französische Gesandtschaft jedoch erklärte sich für nicht zuständig und verwies die noch immer reiselustigen Schweizer zur französischen Visumstelle in einer anderen Straße. Dort wurden den Wartenden Formulare verkauft (das Stück 1 Fr.). Nach weiteren geduldigen Warten wurde plötzlich erklärt, die Formulare wären nicht notwendig, das Geld aber wurde nicht zurückerstattet. Vielmehr sei für die Visa der "Badischen Landesexportschau" das "Bureau des Permis Militaires" unter einer dritten Adresse zuständig. Erschöpft, doch immer noch hoffnungsfroh dort angekommen, erfuhren die schweizer Ausstellungsbesucher, daß "man" kein Interesse habe, Schweizer nach Deutschland zu lassen. Ein verlorener Tag einschl. Unkosten war das Ergebnis dieser Fahrt. Die "BIGA" haben diese Schweizer nie zu sehen bekommen. So zu lesen in der schweizer Zeitung "Die Tat" vom 25. Mai 1947.

Es bedarf keines besonderen Hinweises auf die völlige Sinnlosigkeit solcher bürokratischen Exzesse, die leider - jeder Mann der Wirtschaftspraxis wird das bestätigen - heute zu einer Regel geworden sind. Hier wird zum größten Schaden der Wirtschaft und damit des ganzen Volkes ein gesundes und notwendiges Prinzip einer gewissen notwendigen Überprüfung des Wirtschaftsverlaufes in sein Gegenteil verkehrt, unwirksam gemacht und dadurch aufs schwarze diskreditiert.

Paris zur Saarfrage

Von unserem Pariser Korrespondenten Alfred Frisch

Die neuerliche Änderung der Saargrenzen und die Einführung der Saarmark ist in Frankreich kaum beachtet worden, da die innenpolitischen und wirtschaftlichen Sorgen die Außenpolitik in den letzten Wochen völlig in den Hintergrund drängten. Es ist bezeichnend - und wahrscheinlich auch kein Zufall - daß die kommunistische "Humanité" dieser Frage kaum 10 Zeilen widmete.

Die Maßnahmen der Regierung werden von der Öffentlichkeit allgemein gebilligt. Frankreich rechnet nach wie vor mit der baldigen wirtschaftlichen Angliederung des Saargebietes. Mit einer einseitigen Lösung dieser Frage, das heißt ohne Zustimmung der Sowjetunion, ist vor der Londoner Außenministerkonferenz nicht zu rechnen. Erst wenn es auf dieser zweiten Konferenz zu keiner Einigung über die deutsche Frage kommt, wird Frankreich seine eigenen Wege gehen. Man dürfte sich wohl kaum irren, wenn man annimmt, daß bis Ende dieses Jahres die Saar wirtschaftlich ein Glied Frankreichs werden wird.

Die russische Stellungnahme ist nicht zuletzt aus innenpolitischen Gründen wichtig. Die französischen Kommunisten werden sich kaum entschließen, der Bevölkerung zu erklären, daß sie auf das Saargebiet zu verzichten habe. Andererseits werden sie aber auch keine einseitige Entscheidung der Pariser Regierung billigen wollen, denn sie wissen, daß dadurch Frankreich gezwungen wird, seiner Außenpolitik eine klare Westorientierung zu geben. In Anbetracht der Zurückhaltung Moskaus hat die "Humanité" die etwas erstaunliche Lösung gefunden, den Quai d'Orsay zu kritisieren, weil er, um den Westmächten einen Gefallen zu erweisen, auf Saarburg und die umliegenden Ortschaften verzichtet hat.

Die Bewertung der Saar in der Aufstellung der Reparationsrechnung ist natürlich für Deutschland von größter Wichtigkeit. Man weiß, daß London und Washington eine durch die Abgliederung der Saarwirtschaft an Frankreich begründete Herabsetzung der französischen Reparationsansprüche wünschen. Der Quai d'Orsay scheint jedoch zunächst diese Auslegung der Reparationsangelegenheit nicht anerkennen zu wollen. Frankreich hat sich bis jetzt

lediglich bereit erklärt, die zur Demontage vorgesehenen Fabriken, die natürlich im Saargebiet verbleiben, von seiner Reparationsrechnung in Abzug zu bringen. Es ist jedoch sicher, daß in dieser Frage das letzte Wort noch nicht gesprochen wurde, zumal die theoretischen Reparationsansprüche die praktischen Leistungsmöglichkeiten Deutschlands bei weitem übersteigen.

Zürich in französischer Beleuchtung.

A.F. Von der sozialistischen Presse abgesehen, haben die französischen Zeitungen im allgemeinen den vorläufigen Ausschluß der deutschen Sozialdemokratie von der Gemeinschaft internationaler Sozialisten eher begrüßt. Es muß unterstrichen werden, daß die Kommentare meistens objektiv waren. Der Unterton der Genugtuung dürfte gefühlsmäßig begründet sein. Man wünscht nach den tragischen Erfahrungen des letzten Krieges, Deutschland eine längere Wartefrist aufzuerlegen.

Es blieb den Kommunisten vorbehalten, der Delegation der französischen Sozialisten den Vorwurf zu machen, für die Zulassung der Sozialdemokratie gestimmt zu haben. Sie bezichtigten die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nach wie vor des Nationalismus. Von anderer Seite wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß die antikommunistische Einstellung Dr. Schumachers die ablehnende Haltung der osteuropäischen Sozialisten begründet habe. Es ist bezeichnend, daß in der französischen Presse, selbst in dem sehr sachlichen und nüchternen "Monde", die SPD mit der Person Dr. Schumachers einfach identifiziert wird. Man spricht weniger von der Sozialdemokratischen Partei als von der "Partei Schumachers".

Entscheidend für die Nichtaufnahme der SPD in Zürich war übrigens ein reiner Zufall. Pietro Nenni, der Leiter der für eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten eingestellten Sozialistengruppe Italiens, von der die Entscheidung abhing, hatte seine Absicht wissen lassen, für die Aufnahme der SPD zu stimmen. Kurz vor der Abstimmung wurde Nenni jedoch abberufen. Er übergab die Führung der italienischen Delegation an den Parteisekretär Basso, dessen Liebäugeln mit den Kommunisten bekannt ist. Basso enthielt sich der Stimme, und so fehlte jene eine Stimme, die zur Aufnahme notwendig gewesen wäre.

Gewerkschaftsarbeit im Norden

Nachrichten aus Skandinavien
Von unseren eigenen Korrespondenten

Kopenhagen. Der Typographen-Streik in der dänischen Hauptstadt, der nun schon drei Monate dauert, wird fortgesetzt. Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Gewerkschaftsleitung und den Arbeitgebern wurde von den Streikenden in einer Urabstimmung mit großer Mehrheit abgelehnt, obwohl die Leitung der Gewerkschaftszentrale die Annahme der Vereinbarungen empfohlen hatte. Die Typographengewerkschaft in Kopenhagen hat eine kommunistische Leitung und es ist deutlich, daß die Abstimmung durch kommunistische Propaganda beeinflusst wurde. Die Mittel der Typographengewerkschaft sind nun erschöpft und man hat sich um Hilfe an die schwedische Bruderorganisation gewendet. Ein Ende des Streiks ist nicht abzusehen.

KK Kopenhagen. Auf der Tagung der dänischen Gewerkschaftsvertreter wurde ein Übereinkommen mitgeteilt, das zwischen der dänischen Gewerkschaftszentrale und dem dänischen Arbeitgeberverband über die Errichtung von gemeinsamen Betriebskommissionen beschlossen wurde. Dieses Übereinkommen baut auf den Erfahrungen, die man in Norwegen und Schweden mit der Arbeit der Betriebskommissionen gemacht hat. In diesen beiden Ländern

haben die Betriebskommissionen nicht nur die Aufgabe, den Arbeitern und Angestellten ein gewisses Mitbestimmungsrecht in Betriebsverwaltung und Produktionsgang zu sichern, sondern auch die Produktion selbst zu fördern, die Rationalisierung auf eine vernünftige Grundlage zu stellen und Verständnis für die gesellschaftliche Bedeutung der Produktionsleistung zu wecken. Die Vertreter der Arbeiter und Angestellten in den Kommissionen werden das Recht haben, Fragen der Produktionstechnik - planung und -entwicklung zu erörtern und an Maßnahmen zum Schutze und zur Wohlfahrt der Beschäftigten mitzuwirken. Das Übereinkommen in Dänemark wird am 1. Juli in Kraft treten.

-n Oslo. Vor einiger Zeit hatte die norwegische Gewerkschaftszentrale den Vorschlag einer ihrer Unterorganisationen aufgenommen, einen Versuch zur Herstellung der politischen Arbeitereinheit zu unternehmen. Sowohl an die Norwegische Arbeiterpartei als auch an die Kommunistische Partei wurde die Frage gerichtet, ob man bereit sei, voraussetzungslos an einem Einigungskongress teilzunehmen, der die Zusammenschlagung der beiden Parteien unter Beachtung der demokratischen Spielregeln beschließen sollte. Die Norwegische Arbeiterpartei hat sofort geantwortet, daß sie bereit sei, an einem solchen Kongress teilzunehmen. Die Kommunistische Partei hat jedoch erklärt, daß sie an einem solchen Kongress teilnehmen würde, sobald das "praktisch möglich" wäre. In einer Konferenz erklärten die Vertreter der Kommunisten, daß einen solchen Kongress eine Behandlung der politischen Basis für eine solche Vereinigung vorausgehen müßte. - Die Leitung der Gewerkschaftszentrale hat daraufhin erklärt, daß die Antwort der Kommunisten als eine Ablehnung zu betrachten sei. Die Kommunistische Partei will ihre "selbständige" Politik fortsetzen. Diese Politik unterscheidet sich von der Norwegischen Arbeiterpartei dadurch, daß sie weder selbständig, noch norwegisch ist, sondern die Interessen des großen ausländischen Auftraggebers wahrnimmt.

-rr-Stockholm. Der Vorschlag, während der Sommermonate die Fünftagewoche einzuführen, um den Arbeitern und Angestellten jede Woche zwei zusammenhängende Ruhetage zu sichern, hat in den Kreisen der Gewerkschaften keinen ungeteilten Beifall gefunden. Auf einer Beratung aller Gewerkschaftsverbände, die sich vornehmlich mit diesem Problem beschäftigte, wurde darauf hingewiesen, daß angesichts der jetzigen Produktionslage, die besonders durch den Mangel an Arbeitskraft charakterisiert ist, an eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit nicht zu denken sei. Die Einarbeitung der Sonnabend-Arbeitsstunden an den übrigen Wochentagen würde jedoch das Prinzip des Achtstundentages in bedenklicher Weise durchbrechen und daran sei eine generelle Einführung der Fünftagewoche gegenwärtig nicht zu empfehlen. Eine endgültige Stellungnahme wird nach weiteren Studium der Frage erst im kommenden Jahre erfolgen.